

Straßenausbaubeiträge in Thüringen

Bürgerallianz winkt erneut mit Bürgerbegehren

Im Streit um die Straßenausbaubeiträge hat die "Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben erneut die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens ins Spiel gebracht. Wenige Tage vor der entscheidenden Beratung des Thüringer Landtags über einen Gesetzentwurf der Landesregierung sagte der Vorsitzende der Allianz, Peter Hammen, man werde ein solches Begehren starten, wenn das Gesetz ohne Korrekturen den Landtag passiere. Er warb am Montag zugleich für einen alternativen Gesetzentwurf von Linke und Grünen.

Um die seit Jahren andauernde Debatte über Straßenausbaubeiträge zu beenden, hatte die schwarz-rote Landesregierung im September 2010 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der reichen Gemeinden einen Verzicht auf die Beiträge ermöglichen soll. Außerdem soll den Kommunen ein größerer Spielraum bei der Bemessung der Beiträge eingeräumt werden. Nach derzeit geltender Rechtslage müssen 70 bis 80 Prozent der Kosten für

Straßenbaumaßnahmen auf die Anlieger umgelegt werden. Die Landesregierung will es Kommunen nun ermöglichen, den Anliegeranteil auf bis zu 20 Prozent abzusenken.



Protest gegen Straßenausbaubeiträge im Herbst 2010 in Erfurt

Linke und Grüne wollen Kosten auf alle Eigentümer umlegen

Der Linke-Landtagsabgeordnete Frank Kuschel bezeichnete diese Regelungen am Montag als willkürlich. Außerdem machte er verfassungsrechtliche Bedenken geltend. Der Gesetzentwurf von Linken und Grünen sieht vor, den Straßenausbaubeitrag durch eine Infrastrukturabgabe zu ersetzen, die von allen Grundstückseigentümern einer Gemeinde zu zahlen wäre. Außerdem sollen maximal 50 Prozent der Kosten für eine Baumaßnahme auf die Grundstückseigentümer umgelegt werden können.

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen durch die Kommunen ist gesetzlich vorgeschrieben. Rund 170 Kommunen in Thüringen haben darauf in den vergangenen Jahren aber verzichtet - etwa, weil ihre finanzielle Lage dies zuließ oder aus Angst vor dem Unmut der betroffenen Anlieger. Nach Angaben der Linken beläuft sich die Gesamtsumme dieser seit 1991 nicht erhobenen Beiträge auf rund 260 Millionen Euro.

Die Bürgerallianz will nach Angaben ihres Vorsitzenden Hammen am Mittwoch vor dem Landtag in Erfurt gegen den Gesetzentwurf der Landesregierung demonstrieren. Werde dieser vom Parlament beschlossen, werde man mit der Sammlung von Unterschriften für die Einleitung eines Bürgerbegehrens beginnen.

Zuletzt aktualisiert: 21. März 2011, 18:34 Uhr

Frühere Meldungen

22. September 2010

Thüringen: Straßenausbaubeiträge können erlassen werden

19. August 2010

Bürgerallianz will Beiträge per Volksbegehren abschaffen

30. Juni 2010

Thüringen: Kompromiss bei Straßenausbaubeiträgen

Download

[Straßenausbaubeitrag Thüringen - Gesetzentwurf Regierung](#)

[Straßenausbaubeitrag Thüringen-Gesetzentwurf Linke+Grüne](#)

Straßenausbaubeiträge

Laut Gesetz sind Kommunen in Deutschland verpflichtet, Kosten für den Bau oder die Sanierung von Straßen in ihrem Verantwortungsbereich zu einem großen Teil auf die Anlieger umzulegen. Begründet wird diese Beteiligung der Anlieger vor allem damit, dass durch die Erneuerung der Straße der Wert der anliegenden Grundstücke erhöht wird.

Kritiker halten unter anderem dagegen, dass Anlieger kein Vetorecht gegen Baumaßnahmen haben. Außerdem kann eine Wertsteigerung nur im Fall eines Verkaufs des Grundstücks wirklich realisiert werden.